

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 2

Artikel: Fragen zu Gewaltanwendung und Gewaltlosigkeit
Autor: Gessler, Judith
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142764>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nachteiligten. In den letzten Jahren mit Leuten, die das Land verlassen mußten und zu Flüchtlingen geworden sind, in Zukunft wahrscheinlich wieder vermehrt mit Leuten im Lande selber, wo der Krieg immer größere Not verursacht. Für ihre Unterstützung lancieren wir auch den Aufruf an unsere Spender. Solidarität im Rhodesienkonflikt bedeutet für uns aber auch die Solidarisierung mit den Anliegen zur Befreiung der unterdrückten Bevölkerung. Sie ist nicht zu trennen von der eigentlichen Hilfsaktion; sie ist ein Bestandteil dieser Hilfe. Sie führt — ob bewußt oder unbewußt — zur Solidarisierung mit jenen, die diese Anliegen vertreten. Sie bedeutet die **Parteinahme für die Befreiungsbewegung**.

Hierin besteht die Herausforderung an uns als Hilfswerk. Wir müssen uns dieser Tatsache bewußt werden und zur Kenntnis nehmen, daß Solidarität etwas kostet. Nicht bloß Finanzen. Sondern zum Beispiel den Mut, sich zu einer Befreiungsbewegung als Partner zu bekennen, sich auf die Seite derer zu stellen, die verfeindet sind, weil sie zum Mittel der Gewalt gegriffen haben. Aber auch die Aufgabe mit sich bringt, diejenigen, die Gewalt anwenden, kritisch zu begleiten, Rückfragen zu stellen und den immer neuen Versuch, zur Versöhnung beizutragen.

Es kann nicht darum gehen, am Beispiel des rhodesischen Widerstandes die Frage nach dem gerechten Krieg gültig zu beantworten. Aus dem Dilemma der Gewaltanwendung kommen wir nicht heraus. Aber das müßte uns schweizerischen Christen am Beispiel der Entwicklung in Rhodesien doch eigentlich ein Anliegen sein: uns dafür einzusetzen, das unmenschliche, ungerechte System der Apartheid zu überwinden. Die Solidarität mit den Flüchtlingen aus Rhodesien — mitten im Kampf um die Befreiung ihres Landes — ist eine echte Möglichkeit hiezu und eine konkrete Herausforderung an uns alle.

JUDITH GESSLER

Fragen zu Gewaltanwendung und Gewaltlosigkeit

Was vielen Christen bei uns am Befreiungskampf im südlichen Afrika anstoßig erscheint, ist, daß er sich im Laufe der Zeit zu einem bewaffneten Kampf entwickelt hat. Zwar können wir uns wohl auch kaum vorstellen, daß ein Volk, das seine Unterdrückungssituation erkannt hat und sie verändern möchte, plötzlich klein beigeibt, weil die Herrschenden, hier die Weißen, nicht gewaltfrei abtreten. Aber wir sind vermutlich anders betroffen, wenn in der Kirche davon die Rede ist,

als wenn wir als Bürger Zeitungen lesen. Wir sind anders betroffen, wenn wir zu einer Friedensbewegung gehören.

Gewiß, das Antirassismusprogramm des Oekumenischen Rates war seinerzeit ein neuartiger Weg von Christen, für mehr Gerechtigkeit auf dieser Erde einzutreten, und es stand darum von Anfang an unter Beschluß. Es war 1968, auf der Konferenz des OeRK in Uppsala, als beschlossen wurde, man wolle sich nicht weiterhin mit verbalen Appellen an Regierungen begnügen, man wolle auch etwas tun, um seine Solidarität mit denjenigen zu bezeugen, die unter dem Rassismus, der Rassendiskriminierung litten. Es wurde beschlossen, die rassistisch Unterdrückten in diesem Kampf konkret zu unterstützen

- durch Bekannt- und Bewußtmachen des Unrechts hier bei uns und
- durch Errichtung eines Sonderfonds zur materiellen Unterstützung der humanitären Arbeit der Befreiungsbewegungen (Bildung, Gesundheitswesen).

Man bat die Mitgliedskirchen um Gaben zu diesem Zweck und erhielt sie auch. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) reagierte allerdings von Anfang an negativ auf dieses Projekt. Sein Hauptvorwurf war, es sei zu politisch und damit zu wenig nah dem Evangelium.

Nun, das war im Grunde gar kein Vorwurf, denn genau das, eben politisch, wollte das Programm ja sein. Irreführend ist es bloß, von «politischem Kalkül» zu sprechen, wie das der Vorstand des SEK heute tut, denn das beinhaltet ja eine Berechnung zum eigenen Vorteil, eine politische Absicht, die man eher verschweigt. Hier muß sich der SEK wohl fragen lassen, ob nicht vielmehr hinter seiner betont unpolitischen neutralen Haltung in dieser Frage solch politisches Kalkül stecke? Wer sich politisch-neutral verhält, handelt ja auch politisch, nur unterstützt er dadurch eher die Politik der Herrschenden, Mächtigen, den bestehenden Zustand. Das Antirassismusprogramm unterstützt dagegen politisch die Unterdrückten, die Ohnmächtigen. Für mich ist das gerade vom Evangelium her naheliegender.

Der zweite Einwand des SEK kommt in einer Frage zum Ausdruck, die sicher ernst zu nehmen ist, in der Frage nämlich, ob die Befreiungsbewegungen ihren Völkern wirklich Befreiung bringen. Diese Frage wurde und wird auch im Zentralausschuß des OeRK immer wieder sehr ernsthaft diskutiert, vor allem im Zusammenhang mit der Frage der Gewaltanwendung. Ich möchte aus dieser Diskussion einige Gedanken weitergeben. Zur Frage der Gewaltanwendung gibt es die folgende Erklärung des Zentralausschusses des OeRK, wo Fragen gestellt werden sowohl an diejenigen, die bereit sind, mit Gewalt gegen etablierte Ordnungen vorzugehen, wie an diejenigen, die sich grundsätzlich für Gewaltfreiheit entschieden haben:

«Diejenigen, die bereit sind, mit Gewalt gegen etablierte Ordnungen vorzugehen, müssen sich selber fragen:

- Habt ihr wirklich alle gewaltlosen Möglichkeiten in eurer Situation untersucht, oder nehmt ihr zum vornherein an, daß diese nicht funktionieren würden?
- Entfernt euch eure strategische Entscheidung nicht eher von der öffentlichen Meinung, als daß sie euch Unterstützung bringt?
- Wie verhindert ihr, daß eure Mittel nicht selber zu einem Instrument der Entmenschlichung werden und so eure Ziele verderben? Beurteilt ihr den Entschluß, jemandem sein Leben zu nehmen, zu leichtfertig?
- Habt ihr euch überlegt, wie ihr ehemalige Unterdrücker in einer befreiten Gesellschaft, wie ihr sie anstrebt, integriert?

Diejenigen, die sich grundsätzlich für Gewaltlosigkeit entschieden haben, müssen sich selber fragen:

- Nehmt ihr die Zähigkeit und die Tiefe der Gewalt in den Strukturen eurer Gesellschaft genügend ernst und ebenso den sozialen Umbruch, wenn die Gewalt abgebaut wird?
- Wenn ihr Gewaltlosigkeit als ein absolutes Prinzip ansieht, seid ihr da nicht in Gefahr, den Mitteln (Gewaltlosigkeit, das heißt reduzierte revolutionäre Gewalt) gegenüber dem Ziel (Gerechtigkeit, das heißt reduzierte strukturelle Gewalt) höhere Priorität einzuräumen?
- Seid ihr stärker besorgt um euer «gutes» Gewissen als um das Wohl der Unterdrückten?

Alle diejenigen, die — mit welchen Mitteln auch immer — auf eine Zerstörung bestehender Machtstrukturen hinarbeiten, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen, sollten sich fragen:

- Wie legt ihr, entsprechend eurem Ziel, dauernd Rechenschaft über eure Macht ab, damit euer Sieg nicht den Anfang eines neuen unterdrückerischen Systems bedeutet?
- Wie werden diejenigen, gegen die ihr kämpft, in die neue Gesellschaft integriert werden?»

Die Verfasser dieser Erklärung maßen sich nicht an, die Fragen anstelle der Betroffenen zu beantworten.

Die Frage, ob evangelische Entscheidungen nach politischen Analysen und nach politischem Handeln rufen, ist wohl die Frage, an der sich die Geister in der Kirche heute am stärksten scheiden. Der Riß geht quer zu den Konfessionen. Wir im CFD haben uns seit dreißig Jahren für die Notwendigkeit politischen Handelns entschieden, aber wir können die Entscheidung niemandem aufdrängen oder abnehmen, und wir können nicht verhindern, daß wir gerade in kirchlichen Kreisen mit dieser Entscheidung auch auf Kritik stoßen.